

Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

Vom „Superdeal“ in der Paro-Therapie

Die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) fand Mitte November in Berlin statt und wartete vergeblich auf den Bundesgesundheitsminister. An seiner statt verlas Referatsleiter Andreas Brandhorst die Grußworte stellvertretend für Karl Lauterbach.



Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer 2023 ohne den Bundesgesundheitsminister. (Foto: © Tobias Koch/BZÄK)

Im verlesenen Grußwort bedankte sich der Bundesgesundheitsminister bei der Zahnärzteschaft für ihren engagierten Einsatz in der Pandemie. Er verwies zudem auf ihre zu Recht geäußerten Forderungen, da auch die Praxen unter der Inflation und Teuerungsrate litten, aber zeitgleich auf die notwendigen Sparmaßnahmen. So sei eben auch an der Parodontitisbehandlung zu sparen. Digitalisierung, Bürokratieabbau und iMVZ wolle man zeitnah konkret angehen. BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz erwiderte, dass es für die Behandlung der Parodontitis ein solides wissenschaftliches Konzept gebe, ein Euro, der in die Paro-Therapie gesteckt

würde, erspare 76 Euro an Krankheitskosten. Das sei doch ein super Deal.

In seinem Grußwort betonte Dietrich Monstadt (CDU/CSU), MdB, dass die Paro-Therapie wichtig für die Volksgesundheit sei, denn es gebe viele exorbitante Wechselwirkungen. Es sei unerklärlich, warum die Versorgung zurückgefahren wurde. Er bezog zudem Stellung zu iMVZ, Studierendenauswahl und Freiberuflichkeit.

In ihren politischen Berichten stellten BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz sowie die beiden Vizepräsidenten Konstantin von Laffert und Dr. Romy Ermler

heraus, dass nicht nur der stationäre, sondern auch der ambulante Bereich unterstützt werden müsse, zumal die stärkere Ambulantisierung des Gesundheitswesens gefordert werde. Zugleich werde der ambulante Bereich, der die Hauptlast der Patientenversorgung in Deutschland trage, ausgebremst durch Bürokratie, alleingelassen mit jahrelangen Teuerungs-raten sowie Fachkräfte- und Nachwuchsmangel und bestraft für die hohen Pandemiekosten mit einem Kostendeckel.

Die Delegierten fassten u. a. Beschlüsse zur: Stärkung inhabergeführter, freiberuflicher Praxisstrukturen, Anerkennung der Tages-

abschlussdokumentation, unveränderten Beibehaltung der abschließenden Wischdesinfektion, wirksamen Bekämpfung des Arzneimittelmangels, zum besseren Schutz medizinischen Personals, Anpassung des GOZ-Punktwerts, Finanzierung der PAR-Strecke, Stopp des Ausverkaufs der Zahnheilkunde an Investoren, Sicherung des ZFA-Fachkräftebedarfs, Schutz des Arzt-Patienten-Verhältnisses – individuelle und patientenbezogene Aufklärung muss in zahnärztlichen Händen bleiben, Bürokratieabbau, Digitalisierung, EHDS, Musterberufsordnung.

Ehrungen

Dr. Wolfgang Eßer und Lutz Müller wurden für ihre Verdienste um den zahnärztlichen Berufsstand mit der Ehrennadel der deutschen Zahnärzteschaft in Gold ausgezeichnet.

Politische Berichte

BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz hielt ein Plädoyer für die Selbstständigkeit: Verantwortung, Selbstständigkeit, Freiheit in der Therapieentscheidung – mit dieser Kultur kam Deutschland in die weltweiten Top bei der Mundgesundheit. In politischen Kreisen werde der Wert von Selbstständigkeit in einer Volkswirtschaft und Freiberuflichkeit in der Medizin kaum noch verstanden. Man nehme hin, dass kleine Praxen verschwinden und Versorgungsketten Platz machten. Zudem verwies er auf die Bedeutung des Praxisteam und den Personalmangel. Er sprach über die Versorgung im ländlichen Raum und in Kleinstädten, dort finde man iMVZ selten und Praxen benötigten dringend Nachwuchs. Man müsse ran, zusammen mit den Kommunen, damit die Versorgung dort gesichert bleibe. Zum Thema Alterszahngesundheits verwies er auf das von BZÄK und Deutschem Pflegerat (DPR) frisch ausgearbeitete Schnittstellenpapier „Mundgesundheit in der Pflege“.

BZÄK-Vizepräsident Konstantin von Laffert zeigte die Probleme mit Investoren-

MVZ (iMVZ). Sie verschlängen die knappen Budgets: Zwischen 10 und 50 Prozent mehr Leistungen pro Patient als herkömmliche Praxen rechneten sie ab. Dabei zahlten drei Viertel der Fonds nicht einmal ihre Steuern in Deutschland. Zum Thema Fachkräftemangel verwies er auf die 2024 startende Bundeskampagne sowie den neuen Qualifizierungsweg „Bachelor Professional in Dentalhygiene“. Er berichtete über den Umgang der EU mit dem Thema Amalgam und dem Europäischen Gesund-

und ökonomischen Vorteile überwögen bei Weitem die Therapiekosten, deshalb kam die neue Paro-Strecke in den Leistungskatalog. Das GKV-FinStG torpediere die Therapie jedoch. Moderne Zahnheilkunde und ein zu eng geschnürtes Korsett aus Budgetierung und null Weiterentwicklung des GOZ-Punktwertes passen nicht zusammen. Zukunftsrelevant sei auch, was Politik und Landespolitik gemeinsam tun könnten, um mehr Nachwuchs in den ländlichen Raum zu be-



Die Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (v. l. n. r.): Dr. Romy Ermler, Konstantin von Laffert und Prof. Dr. Christoph Benz.

heitsdatenraum. Und zum überfälligen Bürokratieabbau – Entlastung für den Praxisalltag bringe das Eckpunktepapier aus dem BMG keine. Den größtmöglichen Bürokratieaufbau brächte hingegen eine neue absurde Idee: Die Messung des Anpressdruckes bei der abschließenden Wischdesinfektion von semikritischen Medizinprodukten durch externe Validierer.

Dr. Romy Ermler MBA, BZÄK-Vizepräsidentin, erklärte, dass die präventionsorientierte Parodontitistherapie den langfristigen Behandlungserfolg verbessere. Die mit ihr erreichbaren medizinischen

kommen. Die Zahnmedizin sei zudem sehr technikaffin, in der täglichen Behandlung sei Digitalisierung Standard. Praxen seien aber keine Beta-Tester. Anwendungsorientierung, entwickelt mit den Praktizierenden, sei für die TI prioritär. Weiterhin sprach Ermler über den EHDS.

Quelle: klartext der BZÄK vom 20.11.2023